Ergänzung zum CME-Beitrag „Legal highs“

Rechtliche Situation

Zum Beitrag

Hess C, Maas A, Madea B (2014) „Legal highs“. Chemie, Pharmakologie, Toxikologie und forensische Bedeutung. Rechtsmedizin 24:291–305. DOI 10.1007/s00194-014-0964-3

Im „Continuing-Medical-Education“ (CME)-Beitrag über neue psychoaktive Substanzen („legal highs“) wurde zur rechtlichen Einordnung der Betäubungsmittel Folgendes festgehalten:

Unabhängig von einer Einordnung ins BtMG fallen alle Substanzen unter die Definition des § 2 Abs. 1 des Gesetzes über den Verkehr mit Arzneimitteln (AMG), sobald sie für die Anwendung an Mensch oder Tier bestimmt sind. Dabei ist allerdings strittig, ob Abs. 1 Satz 2 für Legal highs überhaupt gilt. Laut Satz 2 sind Arzneimittel Stoffe, die die physiologischen Funktionen durch eine pharmakologische Wirkung wiederherstellen, korrigieren oder beeinflussen. Ob diese Beeinflussung eine nichttherapeutische, aber erwünschte berauschende Wirkung einschließt, ist unklar.

Mit Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 10. Juli 2014 (EuGH, Az: C-358/13 und C-181/14) ist diese Einordnung nun klar: Zumindest Kräutermischungen, die synthetische Cannabinoide enthalten – und damit kann davon ausgegangen werden, dass auch weitere neue psychoaktive Substanzen wie Stimulanzien von diesem Urteil erfasst werden – fallen nicht unter das Arzneimittelgesetz (AMG). Laut EuGH war festzustellen, dass die Definition in Art. 1 Nr. 2 auf „Eigenschaften zur

Heilung oder zur Verhütung menschlicher Krankheiten“ Bezug nimmt. Aus dieser Wendung ließe sich eindeutig das Bestehen einer positiven Wirkung für die menschliche Gesundheit ableiten. Der Arzneimittelbegriff schließe so Stoffe nicht ein, die in ihrer Wirkung die physiologischen Funktionen schlicht beeinflussen, ohne geeignet zu sein, der menschlichen Gesundheit unmittelbar oder mittelbar zuträglich zu sein und die nur konsumiert werden, um einen Rauschzustand hervorzurufen, und die dabei gesundheitsschädlich sind [1].

Der EuGH beantwortete damit Fragen des Bundesgerichtshofs, der im Rahmen zweier Strafverfahren zu entscheiden hatte, ob der Verkauf von Kräutermischungen, die synthetische Cannabinoide enthalten und als Ersatz für Marihuana benutzt werden, strafrechtlich unter dem Gesichtspunkt des illegalen Verkaufs bedenklicher Arzneimittel verfolgt werden kann. In der Urteilsverkündung wird weiterhin festgehalten, „dass der Umstand, dass dieses Ergebnis zur Folge haben könnte, dass der Vertrieb der fraglichen Stoffe jeder Strafverfolgung entzogen ist, nicht geeignet ist, die Würdigung durch den Gerichtshof in Frage zu stellen“ [1].

Korrespondenzadresse

Dr. rer. nat. C. Hess

Funktionsbereich forensische Toxikologie,
Institut für Rechtsmedizin,
Universitätsklinikum Bonn
Stiftsplatz 12,
53111 Bonn
cohess@uni-bonn.de

Einhaltung ethischer Richtlinien

Interessenkonflikt. C. Hess, A. Maas und B. Madea: keine Angabe.

Literatur

1. EuGH, Pressemitteilung Nr. 99/14 vom 10. Juli 2014. Zugriffen: 28. Juli 2014